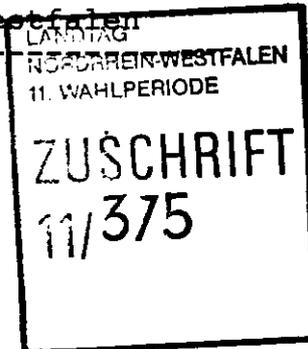


Deutscher Beamtenbund - Postfach 320210 - 4000 Düsseldorf 30

Bund der Gewerkschaften  
des öffentlichen Dienstes

An die  
Mitglieder der Arbeitsgruppe  
"Personalbedarf und Stellenpläne"  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
des Landtags Nordrhein-Westfalen

Gartenstraße 22  
4000 Düsseldorf 30  
Sammelruf (0211) 4931994  
oder (0211) 4931095 o  
Telefax (0211) 4981053



10. Januar 1991  
2/se

Betr.: Anhörung zum Personalhaushalt 1991 am 14.01.1991

Bezug: Schreiben des Präsidenten des Landtags NRW vom 07.12.1990

Sehr geehrte Damen und Herren !

Die Landesregierung hat Ihnen mit den Entwürfen zum Haushalts-  
gesetz und zum Haushaltsplan 1991 einen Personalhaushalt zur  
Entscheidung vorgelegt, den wir nur in Teilen gutheißen können.

Der NRW-Beamtenbund kann zunächst positiv darauf verweisen, daß  
im kommenden Personalhaushalt nach Jahren der Restriktion erst-  
mals wieder in nennenswertem Umfang Mehrstellen eingerichtet  
worden sind. Wir merken mit Genugtuung an, daß in einigen Per-  
sonalbereichen unsere Forderungen nach mehr Personal aufgegriffen  
und zum Teil realisiert worden sind.

Wir wollen allerdings nicht verhehlen, daß noch viele Dinge im  
Argen liegen, so zum Beispiel, daß unsere Grundsatzforderung der  
vergangenen Jahre, Ausgleichsstellen aus der Wochenarbeitszeitver-  
kürzung bereitzustellen, wiederum nicht bzw. so gut wie gar  
nicht erfüllt worden ist.

Wir wiederholen, daß rein rechnerisch - und dies hat auch der  
Finanzminister anerkannt - 2.296 Stellen im Lehrerbereich und  
4.593 Stellen in den übrigen Bereichen bereitgestellt werden  
müßten, um die Arbeitszeitverkürzung aufzufangen. Wir verlangen

vom Landtag, daß er sich dieses Themas mit großem Ernst annimmt, anderenfalls wir nicht müde werden, unsere Behauptung aufrechtzuerhalten und in der Öffentlichkeit anzubringen, daß die Dienststellen auf Dauer nicht voll funktionsfähig bleiben können, wenn ihnen nicht endlich das Personal zur Verfügung gestellt wird, das ihnen zusteht. Die anstehenden Probleme mit den neuen Bundesländern und die dort notwendigen Beratungsdienste durch hiesiges Personal verschärfen bekanntlich die Situation noch zusätzlich, weshalb wir Sie nochmals dringend bitten wollen, den Verwaltungen sukzessive die Stellen zum Ausgleich der Wochenarbeitszeitverkürzung zu gewähren.

Unsere Forderungen zum Haushalt 1991, soweit sie aus Gründen des Bedarfs vorgetragen werden, finden sich vornehmlich in dem diesem Schreiben beigefügten Tabellenband. Die neuen Brennpunkte sind wiederum die Ihnen satzsaam bekannten alten Brennpunkte: die Polizei, Gerichte und Staatsanwaltschaften, das LBV, die Gewerbeaufsicht, die Behörden - sofern sie mit der Umweltsicherung betraut sind -, die Steuerverwaltung sowie die Schulen.

Wir appellieren erneut an den Düsseldorfer Landtag, auf dem Weg der vertrauensbildenden Maßnahmen fortzuschreiten und in den hier angesprochenen besonders kritischen Bereichen mehr zu tun als die Landesregierung vorschlägt.

Zusammenfassend möchten wir Ihnen unsere Grundsatzforderungen zum Personalhaushalt nochmals darstellen, wobei Ihnen die Dinge aus unserem langjährigen Dialog größtenteils bekannt sind. Einige neue Akzente kommen aus der aktuellen Tagespolitik hinzu:

- Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung in Ausgleichsstellen, vor allem in sämtlichen Schichtdienstbereichen
- Bedarfsgerechte Personalausstattung, d.h. überall da, wo die Ressortchefs bzw. der Landesrechnungshof oder andere Gutachter (wie z.B. die WIBERA) Bedarfsanforderungen festgestellt haben, muß ein erster Einstieg zur Linderung des Personalmangels getätigt werden
- Parlamentarische Kontrolle des regierungseigenen Arbeitsstabes "Aufgabenkritik"

- Bedarfsgerechte Umsetzung der durch in Anspruchnahme von Erziehungsurlaub freiwerdenden Haushaltsmittel in neue Stellen
- Bedarfsgerechte Umsetzung der durch in Anspruchnahme von Beurlaubung oder Teilzeit freiwerdenden Haushaltsmittel in neue Stellen
- Streichung der beabsichtigten 9-monatigen Beförderungssperre
- Ersatzlose Streichung der phasenverschobenen Ausbringung von Beförderungsstellen
- Wegfall aller durch Haushaltsgesetz eingeschränkten Beförderungsmöglichkeiten im höheren Dienst

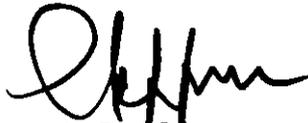
Für den Lehrerbereich besonders:

- Wiederbesetzung aller durch Pensionierung freiwerdenden Stellen
- Bei Aufgabe des untauglichen Systems der Lehrerbedarfsberechnung im Wege der Schüler/Lehrer-Relation Schaffung von Mehrstellen für alle Schulformen entsprechend dem tatsächlichen fachspezifischen und dem tatsächlichen pädagogischen Bedarf
- Ausweisung der neuen Lehrerstellen als Beamtenstellen und schrittweise Verbeamtung der noch vorhandenen Angestelltenstellen
- Stellenzuschläge für die nunmehr verstärkt anlaufende Betreuung von Aussiedlerkindern und Übersiedlerkindern
- Abschaffung des § 7 Abs. 6 des Haushaltsgesetzes, wonach Versetzungen über Schulformen hinaus möglich sind
- Verbesserung der Reisekostensätze aus Anlaß von Schul-/Schulwanderfahrten

Wie üblich, überreichen wir Ihnen nachfolgend als Anlage zu diesem Schreiben in Form einer detaillierten Anlage unsere Erhebungen

aufgeschlüsselt nach Ressorts und Haushaltskapiteln zu dem jeweils dort gegebenen unabweislichen Stellenbedarf mit der dringenden Bitte, unsere Vorschläge zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Steffen', written in a cursive style.

( Steffen )  
Vorsitzender

Anlage

Deutscher Beamtenbund  
Landesbund NRW

**KAPITEL 03 110**

=====

Polizei

Wir gehen von einem Fehlbedarf von insgesamt 7.500 Stellen aus, was wir schon zum Haushalt 1990 vorgetragen haben. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist die Forderung mehr als berechtigt, ihre Erfüllung sogar dringend notwendig.

Die vorgeschlagenen wenigen neuen Stellen reichen nicht aus. Der Landtag muß ein Signal setzen; er muß mindestens einen Stufenplan als Einstieg in vertrauensbildende Maßnahmen vorlegen.

Deutscher Beamtenbund  
Landesbund NRW

6

**KAPITEL 03 510**

=====

Landesamt für Besoldung und Versorgung

Schon 1990 haben wir gefordert, daß wegen der gestiegenen Anforderungen an das LBV dringend 100 neue Stellen eingerichtet werden sollen. Der Landtag hat diese Forderung unberücksichtigt gelassen, deshalb haben sich die Dinge noch krisenhaft verstärkt.

Wir verlangen vom Landtag eine deutliche Zuführung von mehr Personal.

**KAPITEL 04 040**

=====

Gerichte und Staatsanwaltschaften

Wir fordern

- in der Laufbahn der Amtsanwälte zusätzlich 20 Anwärterstellen,
- in der Laufbahn des einfachen Justizdienstes zusätzlich 50 Anwärterstellen
- in der Laufbahn des mittleren Justizdienstes zusätzlich 250 Anwärterstellen
- im Kanzleidienst zusätzlich 100 Stellen im Angestelltenverhältnis und
- in der Laufbahn der Rechtspfleger zusätzlich 250 Anwärterstellen

Außerdem verlangen wir im Justizbereich besonders, daß die aus Teilzeit- und Beurlaubungsverhältnissen rechnerisch entstehenden vollen Stellenkontingente auch als solche ausgewiesen werden.

Zur Begründung verweisen wir auf die ständig gestiegenen Fallzahlen bei Gerichten und Staatsanwaltschaften. Jede Jahresstatistik des Justizministers schließt mit gestiegenen Zahlen ab. Es genügt nicht, lediglich den richterlichen Dienst mit mehr Stellen zu versorgen, ebenso dringlich ist es, alle übrigen Tätigkeitsbereiche in der Justiz angemessen auszustatten. Außerdem werden unsere Forderungen vom Justizminister und von den vom ihm eingeleiteten Untersuchungen durch auswärtige Beratungsfirmen belegt.

**KAPITEL 04 050**

=====

Justizvollzugseinrichtungen

Wir fordern

- für den höheren Vollzugs- und Verwaltungsdienst  
mindestens 4 Stellen
- für den psychologischen Dienst mindestens 6 Stellen
- für den ärztlichen Dienst mindestens 6 Stellen
- für den seelsorgerischen Dienst mindestens 4 Stellen
- für den gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst  
mindestens 20 Stellen
- für den Sozialdienst mindestens 10 Stellen
- für den pädagogischen Dienst mindestens 4 Stellen  
sowie zusätzlich 2 Rektorenstellen (Koordinatorstellen  
für größere Anstalten der BesGr. A 14)
- für den mittleren Verwaltungsdienst mindestens 30 Stellen
- im allgemeinen Vollzugsdienst
  - \* mindestens 180 Anwärterstellen
  - \* mindestens 110 Angestelltenstellen
- für den Werkdienst mindestens 60 Stellen
- mindestens 40 Angestelltenstellen (Hilfsstellen im  
Büro- und Kanzleidienst)
- mindestens 15 Arbeiter-Stellen

Zur Begründung verweisen wir auf die Sicherheitslage in den Vollzugseinrichtungen, wie sie im vergangenen Jahr zutage getreten ist. Abgesehen von den spektakulären Ausbruchsfällen, die immer nur die Spitze des Eisberges darstellen, wissen wir aus direkter Anschauung um die außerordentlich prekäre Personalsituation in den Haftanstalten. Der Millionenberg von Überstunden, den die Vollzugsbediensteten vor sich herschieben, ist ebenfalls beredtes Zeugnis für die bedrohliche Personalsituation. Außerdem wäre der Vollzugsdienst derjenige Bereich, der aus Gründen der Arbeitszeitverkürzung am dringlichsten mit mehr Personal ausgestattet werden müßte, weil im Schichtdienstbereich bekanntlich jede auch noch so geringfügige Arbeitszeitverkürzung voll durchschlägt.

**KAPITEL 10 200**

=====

Staatliche Ämter für Wasser und Abfall einschl. der Bündelbehörde  
beim Regierungspräsidenten und Ministerien

Wir fordern verteilt auf die Laufbahnen des gehobenen und  
mittleren technischen Dienstes

- beim Minister zusätzlich 20 Stellen
- bei den Regierungspräsidenten zusätzlich 406 Stellen
- bei den Wasser- und Abfallämtern zusätzlich 567 Stellen
- beim Landesamt für Wasser- und Abfallwirtschaft zusätzlich  
132 Stellen

insgesamt: 1.125 Stellen; diese verteilen sich wie folgt:

656 für Abfall  
469 für Wasser

Zur Begründung verweisen wir auf die gestiegenen Aufgaben im  
Umweltschutz, was von der Landesregierung zum Teil schon akzep-  
tiert wird durch die von ihr vorgeschlagene Personalaufstockung,  
die allerdings nicht ausreicht.

**KAPITEL 10 220**

=====

Staatliche Gewerbeaufsicht

Wir fordern - wie im Vorjahr - zusätzliche 400 Stellen zuzüglich 100 Angestelltenstellen, um die dringlichsten Unterbesetzungen stellenmäßig aufzufangen.

Zur Begründung verweisen wir auf das noch vom MAGS in Auftrag gegebene WIBERA-Gutachten, das unsere Forderungen in vollem Umfange belegt.

**KAPITEL 10 260**

=====

Landesforstverwaltung

Wir fordern mindestens 120 Stellen, darunter

- für den Kartierungsdienst 30 Stellen
- für die Betreuung des Nichtstaatswaldes 60 Stellen
- zur Einführung neuer Forschungsmethoden 20 Stellen
- 20 Angestelltenstellen

Zur Begründung verweisen wir zum wiederholten Male auch auf Begutachtungen durch den Landesrechnungshof aus dem Jahre 1988, der ebenfalls mindestens 83 Fehlstellen ergibt.

**KAPITEL 12 050**

=====

Finanzverwaltung

Wir fordern eine Erhöhung der Einstellungsermächtigungen

- im einfachen Dienst um 15 Stellen
- im mittleren Dienst um 500 Stellen
- im gehobenen Dienst um 700 Stellen
- zusätzlich 50 neue Stellen im höheren Dienst

sowie eine deutliche Verstärkung des Prüfdienstes und im Angestelltenbereich den sofortigen Stopp und Rückgängigmachung des Stellenabbaus.

Zur Begründung verweisen wir auf unsere Aussage zum Haushalt 1990, die in ihrer Grundtendenz unverändert Gültigkeit hat. Aus der Arbeitszeitverkürzung 1989/90 sind 1.275 Ausgleichsstellen erforderlich. Nach den ressortinternen Personalbedarfsberechnungen fehlen 3.388 Stellen in der Finanzverwaltung wegen Umsetzung der Steuerreform und wegen gestiegener Fallzahlen.

**KAPITEL 14 080**

=====

Staatshochbauverwaltung im neuen Ministerium Bauen und Wohnen

Wir fordern für die Staatshochbauverwaltung im neuen Ministerium Bauen und Wohnen noch 193 zusätzliche Stellen, was der Begutachtung durch die WIBERA entspricht.

Finanzbauverwaltung

Zusätzlich 100 Angestelltenstellen wegen Anwachsens der zu bearbeitenden Bausummen um 40 % auf 1,4 Mia DM von 1986 bis 1989.

**KAPITEL 05 310**

=====

Öffentliche Grundschulen

Wir fordern

- angemessene Stellenzuschläge für kleine Schulen
- Zuschläge für unausweichliche Klassenbildung
- Erhöhung des Ganztagszuschlags
- Anpassung des FL-Bonus an den täglichen Bedarf
- Anpassung und Einrichtung der Stellenreserve für Vertretungsunterricht an den tatsächlichen Bedarf (z.Zt. beträgt die Ausfallquote je nach Schulform zwischen 7 und 9 %)
- Erhöhung des Zuschlags für Kinder von Ausländern und Aussiedlern
- Die unterrichtliche Betreuung der spätausgesiedelten Kinder und Jugendlichen muß neu geregelt und optimiert werden. Die zuständige Schule muß in die Lage versetzt werden, die schulische Betreuung dieser Kinder und Jugendlichen insgesamt zu verantworten. Daher sind Unterricht und sog. "Nachhilfeunterricht" zu einer Einheit zu verschmelzen und dann neu zu strukturieren. Die sog. Honorarlehrer müssen deshalb auch im Rahmen des erhöhten Stellenbedarfs in den öffentlichen Dienst übernommen werden.

**KAPITEL 05 320**

=====

Öffentliche Hauptschulen

Wir fordern

- Zuschläge für unausweichliche Klassenbildung
- Erhöhung des Ganztagszuschlags
- Anpassung des FL-Bonus an den täglichen Bedarf
- Anpassung und Einrichtung der Stellenreserve für Vertretungsunterricht an den tatsächlichen Bedarf (z.Zt. beträgt die Ausfallquote je nach Schulform zwischen 7 und 9 ‰)
- Erhöhung des Zuschlags für Kinder von Ausländern und Aussiedlern
- Die unterrichtliche Betreuung der spätausgesiedelten Kinder und Jugendlichen muß neu geregelt und optimiert werden. Die zuständige Schule muß in die Lage versetzt werden, die schulische Betreuung dieser Kinder und Jugendlichen insgesamt zu verantworten. Daher sind Unterricht und sog. "Nachhilfeunterricht" zu einer Einheit zu verschmelzen und dann neu zu strukturieren. Die sog. Honorarlehrer müssen deshalb auch im Rahmen des erhöhten Stellenbedarfs in den öffentlichen Dienst übernommen werden.
- Erhöhung des Ganztagszuschlags auf mindestens 30 ‰
- Das erweiterte Bildungsangebot ist als normaler AVO-Bedarf auszuweisen. Dafür sind 10 ‰ der Grundstellen zur Verfügung zu stellen.

**KAPITEL 05 330**

=====

Öffentliche Realschulen

Wir fordern die Senkung der Schüler/Lehrer-Relation auf den Wert 17,1 : 1. Nur mit dieser Personalausstattung ist die Realschule in der Lage, ohne Unterrichtsausfall oder übergroße Klassen den Auftrag zu erfüllen, der ihr gestellt ist.

An den Realschulen des Landes waren etwa 10 % der Schüler Kinder ausländischer Arbeitnehmer oder Aussiedlerkinder. Die Arbeit mit diesen Kindern erfordert einen erheblichen personellen Mehraufwand. Es ist deshalb folgerichtig, daß auch für die Realschulen die Zuschlagsrelation von einer Lehrerstelle für 60 Kinder von Aussiedlern oder Ausländern im Landesetat gefordert wird.

Über die Jahre hin hat die Verwaltungsarbeit an den Realschulen beständig zugenommen. Trotzdem stehen jeder Realschule nur 2 Beförderungsstellen zu, die teilweise für Leitungs- und Verwaltungsaufgaben zur Verfügung stehen. Es ist daher dringend erforderlich, jeder Realschule eine zweite Realschulkonrektorstelle zuzugestehen.

**KAPITEL 05 350**

=====

Gymnasien

Wir fordern

- Bei der Einstellung von Lehrern halten wir eine Aufstockung des geplanten Kontingents für die Schulform Gymnasien für dringend erforderlich, da diese den mit Abstand größten Unterrichtsausfall der allgemeinbildenden Schulen zu verzeichnen hat. Die vorgesehenen Einstellungen decken bei weitem nicht den Ersatzbedarf. Zudem ist eine Einstellung von Lehrern im Bereich der Abendgymnasien und Kollegs nicht vorgesehen; wir möchten dazu anmerken, daß in diesem Jahr 3 Institutionen im Bereich des Zweiten Bildungsweges völlig neu gegründet worden sind, u.a. ein Abendgymnasium der Stadt Neuss. Auch hier erwarten wir eine Berücksichtigung dieser Schulformen.
- Entgegen früheren Zusagen auch der SPD-Fraktion, nunmehr auch den Realschulen und Gymnasien den sog. Ausländer-/Aussiedler-Zuschlag zu gewähren, ist diese Frage immer noch ungelöst. Wir erwarten zum Zwecke der Gleichbehandlung dieser Schülergruppen eine gleiche und gerechte Behandlung.
- Völliges Unverständnis herrscht bei uns darüber, daß erstmalig der Kultusminister im Rahmen des laufenden Einstellungsverfahrens keine Einstellung von Lehrern mit dem sog. kombinierten Stufenlehramt S II/S I mehr zuläßt. Dieses in der Novelle zum Lehrerausbildungsgesetz von 1979 geschaffene Lehramt, das einen Einsatz dieser Lehrer in allen Jahrgangsstufen der Gesamtschule und des Gymnasiums zuläßt, wird damit offensichtlich stillschweigend abgeschafft und durch den Haushaltsgesetzentwurf ebenso stillschweigend in der Weise sanktioniert, daß nunmehr z.B. im KAP. 05 340 bereits 850 Stellen des gehobenen Dienstes ausgewiesen sind. Dies alles läßt die Vermutung zu, daß die Landesregierung hier mit System einen Einsatz von Lehrern in allen Schulstufen einer Schulform zu unterbinden gedenkt.

**KAPITEL 05 380**

=====

Öffentliche Gesamtschulen

Der Haushalt 1991 muß die Stellen bereitstellen, die erforderlich sind, um die gesetzlichen Regelungen des 5. Änderungsgesetzes zum Landesbesoldungsgesetzes umzusetzen. Insbesondere sind alle erforderlichen Beförderungsstellen für die Kollegen auszuweisen, die nicht linear übergeleitet werden können, sondern uner Beibehaltung ihrer jetzigen Funktion in ein höheres Amt übergeleitet werden müssen.

Wir fordern

- Lehrerbedarf an Gesamtschulen muß durch Neueinstellungen abgedeckt werden
- Erhöhung des Ganztagszuschlags auf mindestens 30 %.

**KAPITEL 05 390**

=====

Sonderschulen

Wir fordern schwerpunktmäßig:

Schule für Lernbehinderte

Angenommene Schülerzahl	39.600
Relation (alt)	11 : 3
Relation (neu)	1 : 8
Planstellen (3.504)	4.950 = - 1.446

Diese Zahl wird auch vom Kultusminister als notwendig erachtet. Sie entspricht zugleich dem vom Kultusminister ermittelten Nachholbedarf, um die Sonderschule an das Mittel aller Bundesländer heranzuführen.

Schwerst- und Schwermehrfachbehinderte

Die Relation für Schwerst- und Schwermehrfachbehinderte sollte von 1 : 4 auf 1 : 2 verbessert werden.

5.750 Schüler = 2.875 Planstellen  
Planstellen = - 1.440

Früherziehung im Bereich der Sinnesgeschädigten

Für den Bereich der Früherziehung muß der Schlüssel von 1 : 25 auf 1 : 10 angehoben werden.

430 Schüler = 43 Stellen  
Planstellen = + 26 Planstellen

Ganztagszuschlag

Wir fordern die Erhöhung des Ganztagszuschlags auf 30 - 60 % je nach Struktur der Ganztagssonderschule.

**KAPITEL 05 410**

=====

Öffentliche berufsbildende Schulen

Wir fordern

- Senkung der Lehrer/Schüler-Relation in der Berufsschule von 45 : 1 auf 30 : 1
- Einheitliche Schüler/Lehrer-Relationen in allen vollzeitschulischen Bildungsgängen der Sek.II von 13 : 1
- Angleichung der Arbeitszeit der Lehrer berufsbildender Schulen an die Arbeitszeit der übrigen Lehrer im Sekundarbereich II
- Senkung der Pflichtstunden für alle Lehrer um mindestens 1 Stunde pro Woche
- Ausschöpfung der durch das Bundesbesoldungsgesetz vorgegebenen Beförderungsmöglichkeiten nach A 14 und A 15
- Einführung eines Faktors "d" (Differenzierungsaufwand) zur Einrichtung von kleinen Lerngruppen in Unterrichtsfächern mit neuen Technologien
- Ausweisung des Eingangsamtes in A 10 und Öffnung der Beförderungsamter in A 11 und A 12 für alle Fachlehrer/Werkstattlehrer
- Gleichstellung der Fachlehrer/Technischen Lehrer mit dem Abschluß der höheren Fachschule mit denen einer Fachhochschule